

Bei der Kritik an der Integrationspolitik geht es um die Republik und nicht um ein ethnisches Urteil

Sarrazin und die Gemeingüter

Von Gerd Held

Wenn die Meinungen der Bevölkerung und der politischen Klasse so weit auseinander gehen wie gegenwärtig im Fall Sarrazin, sollte man genau hinhören. Aus der Bevölkerung kommen sehr wenige Äußerungen, die Menschen fremder Herkunft nach ihren Begabungen beurteilen. Nicht um falsche Menschen geht es, sondern um Fehlverhalten. Es sind auch nicht einige Extremfälle, die kritisiert werden, sondern ganz alltägliche Beobachtungen im Stadtteil, in der Schule, im Krankenhaus, am Arbeitsplatz. Hier gibt es immer mehr Indizien dafür, dass ganze Migranten-Milieus sich inzwischen innerlich von dem Land, dessen Teil sie angeblich werden wollen, abgewandt haben. Wenn Kinder die deutsche Sprache kaum beherrschen, verrät das nicht nur eine innere Distanz zur Schule, sondern auch zu deutschen Mitschülern, Nachbarn oder Läden im Stadtteil. Bei Gewalttaten oder Missbrauch von Sozialleistungen ist es die Rückendeckung durch das eigene Milieu, die viele Menschen erbittert. So kommen immer mehr Bürger zu dem Schluss, dass hier etwas grundsätzlich falsch läuft. Aber sie stellen nicht die menschlichen Fähigkeiten der Migranten in Frage. Vielmehr sehen sie die Gemeingüter, die Deutschland ausmachen – Sprache, gewachsene Stadtquartiere, Sozialsysteme, öffentlicher Frieden – missachtet. Es geht nicht um die Verachtung von Menschen, sondern um die Achtung von Gemeingütern.

Von einem Immigrant erwartet man, dass er eine neue Heimat sucht. Das unterscheidet ihn von anderen Menschen, die auch grenzüberschreitend unterwegs sind: Touristen, Geschäftsleute, Künstler, Asylanten, Gastarbeiter auf Zeit. Den Einwanderer

zeichnet das positive Interesse an seinem neuen Land aus. An dessen Verfassung zum Beispiel, aber auch an dessen Gleichgewichten, dessen inneren und äußeren Gefährdungen, dessen Zukunftsoptionen. Vor allem wird er einen Blick für die vielen Geschichten, Bilder und Melodien haben, die ein Land erst zur Lebenswelt machen. Oft ist ein Einwanderer hier sogar neugieriger als mancher Einheimische. Die Anforderungen an ihn, der eine neue Heimat erst gewinnen muss, sind höher. Das gilt umso mehr, wenn er eine Familie mitbringt oder gründen will. Wegen dieser anspruchsvollen Beziehung sind die besten Einwanderungsländer nicht jene, die sich als unbeschriebenes Blatt anbieten. Solche Niemandsländer können keine Heimat werden. Nur Länder, mit denen sich die Bürger identifizieren, können eine gute Einwanderungspolitik betreiben. Im Umgang mit Einwanderern zeigt sich, was die Gemeingüter in einem Land zählen – vor allem auch die kulturellen und lebensweltlichen Gemeingüter. Patriotismus und Immigration sind also kein Gegensatz.

Das ist in Großbritannien, Frankreich oder den Niederlanden selbstverständlicher als in Deutschland. Hierzulande hat es lange Zeit eine Tendenz gegeben, unsere nationale Identität nur in Verfassungsgrundsätzen auszusprechen, die so allgemein sind, dass sie eigentlich in jedem Land gelten könnten. Man übersah, dass diese Blässe auf Kosten der Gemeingüter und der Lebenswelt ging. Auf die Dauer ist es zu wenig, wenn mitten in Europa das Land zwischen Rhein und Oder als bloßer „Treffpunkt der Kulturen“ eingerichtet wird. Ein solches Land kann auch Einwanderern nicht die Heimat bieten, die sie su-

chen. Deshalb ist es ein richtiger und durchaus feiner Instinkt, der sich jetzt zu Wort meldet. Wenn viele Menschen höhere Anforderungen in der Integrationspolitik verlangen, spricht aus ihnen nicht eine Geringschätzung anderer Menschen, sondern eine Hochschätzung der kulturellen Gemeingüter dieses Landes. So kehrt durch diese Tür nun das Patriotismus-Thema zurück, das bisher immer sofort zum Tabu erklärt wurde. Und hier spricht nicht ein autoritäres, sondern ein lebendigeres, reicheres Deutschland, mit vielen kleinen und großen Geschichten, Bildern und Melodien. Sollte das nicht ein guter Grund sein, gegenüber den Immigranten mehr zu prak-

tizieren als eine leere, desinteressierte Toleranz?

Umso erschreckender ist die Abwehrhaltung, mit der dieser erfreulichen Entwicklung von Seiten der offiziellen Politik begegnet wird. Hier hat man die neue Sensibilität, die sich jetzt massiv in Umfragen und Briefen Ausdruck verschafft, noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Hier hängt noch das alte Schreckbild der „Ausländerfeindlichkeit“ an der Wand. Wo die Öffentlichkeit endlich Maßstäbe für Integration fordert, antwortet die Politik nur mit einem „Bekenntnis“ zur Integration. Sie merkt gar nicht, wie sehr sie das Thema verfehlt.

(Manuskript vom 7.9.2010, erschienen als Leitartikel in der Tageszeitung „Die Welt“ am 9.9.2010 unter der Überschrift „Sarrazin und unsere Gemeingüter“)